

Bürgerbegehren zur Windkraft

Bürgerinitiative hat schon über 400 Unterschriften, verzichtet aber, wenn Runder Tisch eingerichtet wird

VON HELMUT MAYER

HERLESHAUSEN. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Roth war kürzlich in Archfeld, um sich gemeinsam mit einem Dutzend Herleshäuser Bürgern einen der Standorte für die geplanten 200 Meter hohen Windkraftanlagen anzusehen. Fast anderthalb Stunden hörte er den „Bürgern mit Initiative“ zu, versuchte aber auch, ihnen den weiteren Ausbau der Energiegewinnung durch Windkraft schmackhaft zu machen.

Vom „Erneuerbare Energien Gesetz“ (EEG) und seinen finanziellen Schattenseiten über den Schutz von Landschaft und Natur bis hin zu Mindestabständen bei Windkraftanlagen reichte die Palette der Themen, die am Feldrand diskutiert wurden. Zwar wurde deutlich, daß Roth nicht von der größeren energiepolitischen Linie seiner Partei abweicht. Dennoch versprach der Bundespolitiker,



Zu Besuch vor Ort in Archfeld: MdB Michael Roth hört sich die Bedenken und Argumente der Bürger mit Initiative an, hier an einem möglichen Windradstandort im Gespräch mit Karl-Heinz Lehmann. Foto: privat

sich für ein gemeinsames Gespräch zwischen den „Bürgern mit Initiative“ und politischen Vertretern der Gemeinde einzusetzen. Bislang war ein Gesprächsangebot der Initiative

an Bürgermeister Burkhard Scheid und die Gemeindevertretung auf faube Ohren gestoßen, berichtete BI-Mitglied Gerhard Buchenau. Diesen Umstand kritisiert die Gruppe auch in ihrem in ihrem jüngsten Flugblatt, das sie jetzt an alle Haushalte der Gemeinde verteilen ließ. Darin und in einem offenen Brief an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung Manfred Kraus, an Bürgermeister Burkhard Scheid und die Gemeindevertreter kommt zum Ausdruck, dass die BI die positive Entscheidung der Gemeindevertretung für hohe Windkraftanlagen am 28. Mai nicht versteht. Man sei daher gewillt, in einem Bürgerentscheid diesen Beschluss überprüfen zu lassen. In diesem Ziel bestärkt wird die BI durch über 400 Unterschriften, weit mehr als die geforderte Mindestzahl.

In dem offenen Brief an die gemeindlichen Entscheidungsträger werden diese Anforderungen, bis zum Erhaltens Bürgerwillens auf einen Vertragsunterzeichnung mit dem Windkraftinvestor SUN zu verzichten.“

Die BI bietet aber gleichzeitig auch an, „auf Energie, Zeit und Kosten für einen Bürgerentscheid verzichten“ zu wollen, „wenn wir statt gegeneinander, konstruktiv zusammen arbeiten würden“. Man sei offen dafür, einen Runden Tisch zu schaffen.